



TARIFEINIGUNG

Ergebnis soll auf Beamte übertragen werden

Bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen wurde eine Einigung erzielt. Der Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber und neue Bundesinnenminister Horst Seehofer bewertete das Ergebnis positiv: „Für die Beschäftigten wird es eine spürbare Lohnerhöhung und strukturelle Verbesserungen geben“.

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)

BUNDESVERSICHERUNGSAMT

25 Jahre Wettbewerb in der GKV

Das Bundesversicherungsamt (BVA) hat einen Sonderbericht zum Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung vorgelegt. Vor 25 Jahren hat der Gesetzgeber mit Einführung der freien Kassenwahl und des Risikostrukturausgleichs den Wettbewerb in den gesetzlichen Krankenkassen gefördert. Das BVA hat das Jubiläum zum Anlass genommen, den Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen einer umfassenden kritischen Betrachtung zu unterziehen.

[Lesen Sie mehr zu diesem Thema](#)



BBBank-Ratgeber „Berufsstart im öffentlichen Dienst“

Für alle, die neu im öffentlichen Dienst sind: Gerade ist der BBBank-Ratgeber Berufsstart 2018 erschienen. Mit allen relevanten Informationen zu Ausbildung, Arbeitszeit & Urlaub, Finanzen & Versicherungen und mehr. Gleich die aktuelle Ausgabe kostenfrei sichern!

[PDF herunterladen](#)



MICHAEL LUTZ BERICHTET



Tarifeinigung im Öffentlichen: Mehr Geld für den Nachwuchs!

Azubis und junge Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen dürfen sich über mehr Geld und Urlaub freuen: Gewerkschaften und Arbeitgeber haben Mitte April nach langen Verhandlungen eine Einigung erzielt. Laut der dbb jugend-Chefin Karoline Herrmann berücksichtigt das Ergebnis die speziellen Bedürfnisse der Azubis und jungen Beschäftigten und sei neben den dauerhaften Einkommenszuwächsen vor allem ein deutliches Signal der Wertschätzung. Der öffentliche Dienst biete dadurch endlich attraktive Beschäftigungsbedingungen für junge Menschen.

Und wir haben das passende Konto dazu:
Das Junge Bezügekonto* der BBBank.

Michael Lutz ist Direktor Öffentlicher Dienst bei der BBBank

Jetzt informieren!

* Voraussetzung: Junges Bezügekonto mit Online-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. Bis 27 Jahre, danach erfolgt die Umwandlung in ein Bezügekonto. Voraussetzung ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart: Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Bezüge.



Kurz & bündig

Berlin: Senat verzichtet auf sachgrundlose Befristungen

Im öffentlichen Dienst des Landes Berlin soll es künftig grundsätzlich keine neuen, ohne sachlichen Grund befristeten Arbeitsverträge mehr geben. Einem entsprechenden Antrag von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen hat der Senat zugestimmt ...

Berlin: Besoldungserhöhung erfolgt bereits zum 01.06.2018

Mit dem Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2017/2018 sollte die Besoldung der Berliner Beamten zum 01.08.2018 um 3,2 Prozent angehoben werden ...

Hamburg: Anhörung zum „Hamburger Modell“ bei der Beihilfe

Im Unterausschuss „Personalwirtschaft und Öffentlicher Dienst“ der hamburgischen Bürgerschaft fand eine Senatsanhörung zum sogenannten „Hamburger Modell“ statt. Das Modell sieht vor, dass die Landesbeamten einen pauschalen Zuschuss zum Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) oder für eine PKV-Vollversicherung erhalten, sofern sie sich nicht für das eigenständige Krankensicherungssystem der Beamten (die Kombination von Beihilfe und ergänzender Privatversicherung) entscheiden ...

Schleswig-Holstein: Landesregierung plant Verbesserungen für Beamte

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein plant Verbesserungen bei besoldungs- und beamtenrechtlichen Vorschriften. Den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften liegt der Gesetzentwurf vor und sie bewerten ihn positiv ...

dbb Mitgliedsgewerkschaften: Verschmelzung von BLBS und VLW

Die beiden Fachgewerkschaften „Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)“ und der „Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)“ haben sich zusammengeschlossen. Der neue „Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung“ (BvLB) hat sich den Beinamen „Die Berufsbildner“ gegeben ...

[Lesen Sie mehr zu diesen Themen](#)



Impressum

BBBank eG
 Herrenstraße 2-10
 76133 Karlsruhe
 Telefon: (0721) 141-0
 Telefax: (0721) 141-497
 Internet: www.bbbank.de
 E-Mail: info@bbbank.de

Der Herausgeber dieses Newsletters ist das Marketing der BBBank eG in Karlsruhe, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe.

Die ausschließlichen Nutzungsrechte für die in diesem Newsletter verwendeten Inhalte liegen bei der BBBank eG.

Für Inhalte auf Websites anderer Anbieter, auf die dieser Newsletter verlinkt, übernimmt die BBBank eG keine Haftung.

BBBank eG
 Vorstand: Prof. Dr. Wolfgang Müller (Vorsitzender),
 Gabriele Kellermann, Oliver Lüscher
 Aufsichtsrat: Matthias Eder (Vorsitzender)
 Sitz der Genossenschaft: Karlsruhe
 Registergericht: Amtsgericht Mannheim GnR 100 003
 Zuständige Aufsichtsbehörde: Bundesanstalt für
 Finanzdienstleistungsaufsicht
 Sektor Bankenaufsicht
 Graurheindorfer Str. 108
 53117 Bonn

Der Nutzung Ihrer(E-Mail-)Adresse zu Werbezwecken können Sie jederzeit, z. B. unter info@bbbank.de, widersprechen.

Bildnachweis
 TOP 1: BMI

**Kontakt**



Oliver Malchow (Vorsitzender der GdP), Marlis Tepe (Vorsitzende der GEW), Thomas Böhle (Verhandlungsführer Kommunen), Horst Seehofer (Bundesinnenminister und Verhandlungsführer Bund), Frank Bsirske (Vorsitzender ver.di), Ulrich Silberbach (Bundesvorsitzender dbb)

TARIFEINIGUNG

Ergebnis soll auf Beamte übertragen werden

Bei den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Kommunen wurde eine Einigung erzielt. Der Verhandlungsführer der öffentlichen Arbeitgeber und neue Bundesinnenminister Horst Seehofer bewertete das Ergebnis positiv: "Für die Beschäftigten wird es eine spürbare Lohnerhöhung und strukturelle Verbesserungen geben".

Der Tarifabschluss soll im Volumen auch auf Beamte und Soldaten des Bundes übertragen werden. Hierzu erklärte der Innenminister weiter: "Ich werde dem Bundeskabinett einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem der Tarifabschluss systemgerecht und zeitgleich auf den Beamtenbereich übertragen wird". Die Große Koalition hatte sich bereits im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Tarifergebnisse auf Beamtinnen und Beamte zu übertragen.

Tarifergebnis 2018 bis 2020

Alle Beteiligten – öffentliche Arbeitgeber und Gewerkschaften – waren erfreut, dass es gelungen ist, zielgerichtete Entgeltsteigerungen zu vereinbaren. Damit kann der öffentliche Dienst attraktiver gemacht werden. Ein Schwerpunkt liegt darin, dass die Einstiegsgehälter in allen Entgeltgruppen bis 2020 um 10 Prozent angehoben

werden. Für die Steigerung der Attraktivität von Fachkräften wird es sich positiv auswirken, dass auch für die unteren Entgeltgruppen eine soziale Komponente vorgesehen ist. Hier werden alle Beschäftigten ein Plus von mindestens 6,8 Prozent haben. Für viele soll die Steigerung sogar noch höher ausfallen. Mit der Erhöhung der Entgelte geht eine ganz erhebliche Verbesserung der Struktur der Entgelttabelle einher, sie wird transparenter und gerechter.

Wesentliche Verhandlungsergebnisse auf einen Blick:

- die Tabellenwerte werden linear in drei Schritten um 3,19 Prozent (rückwirkend zum 01.03.2018), 3,09 Prozent (zum 01.04.2019) und 1,06 Prozent (zum 01.03.2020) erhöht
- die Auszubildenden- und Praktikantenentgelte erhöhen sich um jeweils 50 Euro (rückwirkend zum 01.03.2018 und zum 01.03.2019).

Die Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 bis 6 erhalten mit Wirkung vom 01.03.2018 eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro.

Sobald gesetzliche Regelungen zur Refinanzierung der Krankenhäuser geschaffen worden sind, werden (möglichst noch 2018) Verhandlungen über die Verbesserung



von dort geltenden tarifvertraglichen Vorgaben aufgenommen.

Insgesamt gilt für die Vereinbarung eine Laufzeit von 30 Monaten (vom 01.03.2018 bis zum 31.08.2020). Ursprünglich hatten die Gewerkschaften eine Laufzeit von 12 Monaten gefordert.

Auszubildende und Praktikanten

Für die Auszubildenden, Praktikantinnen und Praktikanten sind angemessene Entgelterhöhungen vereinbart worden. Jeweils zum 01.03.2018 und noch einmal zum 01.03.2019 erhöhen sich die Entgelte jeweils um 50 Euro. Daneben bekommen sie einen weiteren Urlaubstag.

[Zurück zur Übersicht](#)

BUNDESVERSICHERUNGSSAMT

25 Jahre Wettbewerb in der GKV

Das Bundesversicherungsamt (BVA) hat einen Sonderbericht zum Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung vorgelegt. Vor 25 Jahren hat der Gesetzgeber mit Einführung der freien Kassenwahl und des Risikostrukturausgleichs den Wettbewerb in den gesetzlichen Krankenkassen gefördert. Damit sollte das Ziel verfolgt werden, die Krankenkassen in ein Konkurrenzverhältnis untereinander zu stellen, um Innovationen im Gesundheitswesen, eine bessere Versorgung sowie Serviceorientierung gegenüber den Versicherten zu fördern.

Das BVA führt die Aufsicht über die Träger und Einrichtungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung, deren Zuständigkeitsbereich sich über mehr als drei Bundesländer erstreckt. Zudem nimmt das BVA wichtige Verwaltungsaufgaben im Bereich der Sozialversicherung wahr. Hierzu gehören auch beispielsweise die Verwaltung des Gesundheitsfonds und die Durchführung des Risikostrukturausgleichs in der Krankenversicherung.

Im Hinblick auf seine zentrale Rolle im System der gesetzlichen Krankenversicherung sowohl als Aufsichtsbehörde als auch als Durchführungsbehörde für den

Für die Auszubildenden wird die bestehende Übernahmeregelung bis zum Oktober 2020 verlängert.

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen (TVöD) sind insgesamt rund 2,6 Mio. Beschäftigte betroffen (2,3 Mio. Arbeitnehmer von Bund und Kommunen). Daneben werden auch die 344.000 Bundesbeamte und Anwärter profitieren, weil der Tarifabschluss auf die Besoldung übertragen werden soll.

Es wurde offenbar fair und konstruktiv verhandelt. Öffentliche Arbeitgeber wie auch Gewerkschaften haben Kompromisse gemacht, um ein tragfähiges Ergebnis zu erreichen, meint Uwe Tillmann vom Deutschen Beamtenwirtschaftsring in Düsseldorf.

Risikostrukturausgleich hat das BVA das Jubiläum zum Anlass genommen, den Wettbewerb zwischen den gesetzlichen Krankenkassen einer umfassenden kritischen Betrachtung zu unterziehen und hierdurch einen Beitrag zur Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu leisten.

Der Präsident des BVA, Frank Plate, äußerte sich zu den Erkenntnissen des Berichts wie folgt: „Die wettbewerbliche Ausgestaltung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich nach Einschätzung aller Experten im Gesundheitswesen im Wesentlichen bewährt. Verkrustete Verwaltungsstrukturen wurden aufgebrochen, die Versorgung der Versicherten hat sich verbessert und Wirtschaftlichkeitsreserven wurden gehoben. Es gibt aber auch Schattenseiten. Wenn sich Krankenkassen nur noch als Unternehmen begreifen und ihre Marktbehauptung in den Vordergrund ihrer Bemühungen stellen, haben sie ihren Auftrag in der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung vergessen.“

Die Ergebnisse sind in einem Sonderbericht zusammengefasst, den das BVA veröffentlicht hat und der auf der Internetseite des BVA zum [Download](#) bereitsteht.

[Zurück zur Übersicht](#)



KURZ & BÜNDIG

Berlin: Senat verzichtet auf sachgrundlose Befristungen

Im öffentlichen Dienst des Landes Berlin soll es künftig grundsätzlich keine neuen, ohne sachlichen Grund befristeten Arbeitsverträge mehr geben. Einem entsprechenden Antrag von Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen hat der Senat zugestimmt. Die Gewerkschaften haben diese Initiative sehr begrüßt, denn die sachgrundlose Befristung ist noch nie auf das Verständnis bei Beschäftigten und Gewerkschaften gestoßen.

Berlin: Besoldungserhöhung erfolgt bereits zum 01.06.2018

Mit dem Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2017/2018 sollte die Besoldung der Berliner Beamten zum 01.08.2018 um 3,2 Prozent angehoben werden. Aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts und der massiven Kritik der Gewerkschaften hat das Berliner Abgeordnetenhaus nun reagiert und die zum 01.08.2018 vorgesehene Erhöhung der Bezüge um zwei Monate vorgezogen. Somit steigen die Bezüge bereits zum 01.06.2018.

Hamburg: Anhörung zum „Hamburger Modell“ bei der Beihilfe

Im Unterausschuss „Personalwirtschaft und Öffentlicher Dienst“ der hamburgischen Bürgerschaft fand eine Senatsanhörung zum sogenannten „Hamburger Modell“ statt. Das Modell sieht vor, dass die Landesbeamten einen pauschalen Zuschuss zum Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) oder für eine PKV-Vollversicherung erhalten, sofern sie sich nicht für das eigenständige Krankensicherungssystem der Beamten (die Kombination von Beihilfe und ergänzender Pri-

vatversicherung) entscheiden. Der dbb hat das Vorhaben wiederholt als Angriff auf das eigenständige, leistungsfähige und transparente Gesundheitssystem der Beihilfe scharf kritisiert. Dem Vernehmen nach kann man davon ausgehen, dass die Bürgerschaft dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen wird, so dass die Neuregelung zum 01.08.2018 in Kraft treten wird.

Schleswig-Holstein: Landesregierung plant Verbesserungen für Beamte

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein plant Verbesserungen bei besoldungs- und beamtenrechtlichen Vorschriften. Den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften liegt der Gesetzentwurf vor und sie bewerten ihn positiv. So soll etwa die Jubiläumsszuwendung nach 25 Dienstjahren wiedereingeführt werden. Außerdem ist eine Anhebung der Anwärterbezüge ebenso vorgesehen wie die Anhebung von Einstiegsämtern. Zudem ist ein Zuschuss zur Privaten Krankenversicherung (PKV) während der Elternzeit geplant. Finanzministerin Monika Heinold hat angekündigt, die Gewerkschaften einzubinden.

dbb-Mitgliedsgewerkschaften: Verschmelzung von BLBS und VLW

Die beiden Fachgewerkschaften „Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS)“ und der „Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW)“ haben sich zusammengeschlossen. Der neue „Bundesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung“ (BvLB) hat sich den Beinamen „Die Berufsbildner“ gegeben“. Der BvLB wird von den beiden neuen Bundesvorsitzenden Eugen Straubinger und Joachim Maiß geführt. Der BvLB bleibt unter dem Dach des dbb beamtenbund und tarifunion.

[Zurück zur Übersicht](#)